



Rudolf  
Ramsauer,  
Direktor

Übers letzte Jahrzehnt war die Schweiz – unter den Industrieländern – Champion bei der Zunahme von Steuern und Abgaben. In langen Verhandlungen hat das Parlament nun ein Paket geschnürt, das endlich Gegensteuer geben soll. Es schafft die stossende Benachteiligung

### Steuerpaket bringt dringend notwendigen Wirtschaftsimpuls

von Ehepaaren in der Familienbesteuerung ab, beseitigt einen Teil der Stempelabgaben und damit einen Wettbewerbsnachteil für den Finanzplatz und fördert das Wohneigentum durch fiskalische Änderungen. Leer ausgegangen sind vorerst die Unternehmen, die nun auf die rasche Vorlage der Unternehmenssteuerreform zählen. Die Kantone, die das Referendum gegen das Steuerpaket ergreifen wollen, sollten bedenken, dass die Massnahmen im Wohneigentumsbereich erst ab 2009 kassenwirksam sind, dass die Einnahmenausfälle auf der Basis der einmalig hohen Einnahmenbasis 2000 viel zu hoch eingeschätzt werden und – vor allem – dass Steuersenkungen neues Wachstum und zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Die Wirtschaft unterstützt das Steuerpaket als dringend notwendiges Signal gegen eine entgleiste Fiskalpolitik.

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

## «Tag der Wirtschaft» im Zeichen des Wachstums und der Wahlen

**Am 5. «Tag der Wirtschaft» in Interlaken haben rund 400 Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung darüber debattiert, wie die Schweiz wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren kann.**

Schweizer Unternehmen unterschiedlichster Grösse und Branche waren sich einig, dass die Schweiz dringend Wachstum braucht. Dazu seien Anpassungsprozesse nötig. Kurz vor den Wahlen plädierten die zahlreich erschienenen Unternehmer dafür, dass sich auch die Politik den anstehenden Herausforderungen zu stellen habe.

### Eine zu hohe Staatsquote

In seinem Plädoyer zur Eröffnung der Veranstaltung machte economieuisse-Präsident Ueli Forster klar, dass der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen nur möglich sei, wenn die mittlerweile gegen 50 Prozent strebende Staatsquote reduziert werde. Zudem sei die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer nur mit einer Kompensation an anderer Stelle akzeptierbar. Der Präsident von economieuisse machte deutlich, dass der Wohlfahrtsstaat nach bisherigem Muster nicht mehr finanzierbar sei. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen sprach sich Ueli

Forster für ein Parlament aus, das über eine grössere ordnungs- und finanzpolitische Kompetenz verfügt. Nur so würden auch klare Resultate sichtbar. Er betonte weiter, dass der Wettbewerb auch im Binnenmarkt spielen müsse und die Märkte im Service public zu öffnen seien. Letztlich gelte es auch, den regulatorischen Apparat kritisch zu hinterfragen, denn



Fredy Müller,  
Mitglied der  
Geschäftsleitung

dieser erweist sich als innovations- und somit auch als wachstumshemmend.

Aus der Sicht eines global engagierten Unternehmens äusserte sich der Präsident des Verwaltungsrats der UBS, Marcel Ospel, zum gleichen Thema. Er zog eine positive Bilanz der fortschreitenden und weltweiten Vernetzung. Der zunehmende Wettbewerb habe die Kosten und Preise verringert und zugleich die Produktivität, den Know-how-Transfer und die Innovationskraft gestärkt. Er wies darauf hin, dass die Globalisierung heute zu Unrecht verdammt werde. So sei es in den letzten 25 Jahren (nicht Erdöl exportierenden) Entwicklungs- und Schwellenländern gelungen, ihren Anteil

am gesamten Weltexport von 18 auf 30 Prozent zu steigern. Gleichzeitig machte Marcel Ospel aber deutlich, dass der freie Markt einen klaren institutionellen Rahmen brauche. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende WTO-Runde in Cancún, die auch für die Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung sei.

### «Ein verpasstes Jahrzehnt»

In seinem Grusswort sprach Bundesrat Joseph Deiss zum Thema «Nicht nur Wettbewerb predigen und Protektionismus praktizieren». Nach einem «verpassten Jahrzehnt» seien Leistungswettbewerb, Exporterfolge und Wirtschaftsreformen die Erfolg versprechenden Faktoren für einen künftig steileren Wachstumspfad. In seiner Analyse zog er ein kritisches Fazit: «Wir haben die notwendigen Reformen in den letzten zehn Jahren nicht oder nur zögerlich realisiert.» In der gegenwärtigen Lage sieht der Volkswirtschaftsminister nur über den Aufschwung beim Export eine Möglichkeit, auf einen langfristigen Wachstumspfad zurückzufinden: «Es gibt noch viel zu tun, auch beim Staat, dessen bin ich mir bewusst!» Allerdings seien auch von den Unternehmen zusätzliche Anstrengungen zu erbringen.

### Zu hohe Strompreise

Der Bundesrat hat es mit seinem ausstehenden Entscheid in der Hand, die fällige Öffnung im Strommarkt voranzutreiben.

Seite 3 ▶

### MWST-Erhöhung

Wird die Mehrwertsteuer erhöht, dann fordert economieuisse eine entsprechende Kompensation bei anderen Steuern.

Seite 4 ▶

### WTO-Verhandlungen

Eine Schweizer Delegation setzt sich an der 5. Ministerkonferenz in Cancún für weitere Liberalisierungsschritte ein.

Seite 6 ▶

### KMU-Porträt

Nischenproduzent Belimo stellt Motoren für Lüftungs- und Klimaanlagen her und ist Weltmarktführer auf seinem Gebiet.

Seite 9 ▶

# Tag der Wirtschaft, Interlaken, 5. Sept. 2003



Ueli Forster,  
Präsident  
economiesuisse



Oscar  
A. Kambly,  
Prof. Christoph  
Schäublin,  
Hannes  
Britschgi, Peter  
Spuhler und  
Patrick Odier



Bundesrat  
Joseph Deiss,  
Rudolf Stämpfli,  
Präsident des  
Arbeitgeber-  
verbands



Marcel Ospel,  
Präsident des  
Verwaltungs-  
rats der UBS



Marcel Ospel,  
Präsident des  
Verwaltungsrats  
der UBS, Joseph  
Deiss, Bundes-  
rat, Ueli Forster,  
Präsident  
economiesuisse,  
und Rudolf  
Ramsauer,  
Direktor  
economiesuisse



NR Peter  
Spuhler,  
Stadler Rail AG,  
NR Käthi  
Bangerter,  
Bangerter  
Holding AG,  
Rudolf Noser,  
Swiss Engineer-  
ing STV

## Prominente Köpfe der Schweizer Wirtschaft



Patrick Odier, Associé  
Lombard Odier  
Darier Hentsch & Cie



André Kudelski,  
Präsident und CEO  
Kudelski Group



Jost Wirz, Präsident des  
Verwaltungsrats  
Wirz Partner Holding AG



Charles Pictet,  
Associé Pictet & Cie  
Banquiers



Alexander W. Jost,  
Generaldirektor Nestlé  
Suisse SA



Thomas Knecht,  
Managing Director  
McKinsey & Co.



Alexandre F. Jetzer,  
Mitglied des Verwaltungs-  
rats Novartis AG



Willy Balmer,  
Direktor V-ZUG AG



Ph. Olivier Burger,  
CEO PKZ Burger-Kehl &  
Co. AG



Walter B. Kielholz,  
Präsident des Verwaltungs-  
rats Credit Suisse Group



Martin Huber, Präsident  
des Verwaltungsrats  
Georg Fischer AG



Leo Mittelholzer, Vorsitzen-  
der der Geschäftsleitung  
Holcim (Schweiz) AG

# Zu hohe Preise und zu wenig Transparenz im Strommarkt

**Um ihre monopolistische Marktstellung aufrechtzuerhalten, haben sich die Freiburgischen Elektrizitätswerke an den Bundesrat gewandt. Die Wirtschaft fiebert der Entscheidung der Regierung entgegen. Sie hat es in der Hand, die längst fällige Marktöffnung voranzutreiben.**



Stets fliesst der Strom. Wann aber purzeln die Preise. FOTO: RDB

Nach dem Entscheid des Bundesgerichts, welcher nicht in ihrem Sinne ausfiel, haben die Freiburgischen Elektrizitätswerke (FEW) den Bundesrat ersucht, ihre Monopolstellung auf dem regionalen Markt im Rahmen einer Ausnahmeregelung bis zum Inkrafttreten eines neuen Gesetzes zur Öffnung des schweizerischen Elektrizitätsmarktes beibehalten zu können. Die verzögernde Wirkung dieses Verfahrens ist bedauerlich. Denn die erzwungene Öffnung des freiburgischen Marktes – welcher im Übrigen für den Wettbewerb bestens gerüstet ist – hätte in anderen Regionen der Schweiz eine durchaus wünschenswerte Signalwirkung gehabt. In der Tat warten zahlreiche Unternehmen auf ein Zeichen, um konkurrenzfähigere Preise aktiv durchzusetzen – wenn nötig auf dem Rechtsweg. Die

Entscheidung des Bundesrats wird daher mit Spannung erwartet.

Wie eine kürzlich veröffentlichte Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft beweist, ist die Schweiz eine Hochpreisinsel, insbesondere was die Stromtarife betrifft. Es ist die Industrie, und da besonders die KMU, die unter den zu hohen Strom-

## «Visionen Strommarkt Schweiz»

Am 2./3. Oktober 2003 findet im Kultur- und Kongresszentrum Luzern unter dem Titel «Visionen Strommarkt Schweiz» das VSE-Symposium 2003 statt. Es ist dem künftigen Strommarkt und der künftigen Stromversorgung gewidmet, bietet aber auch konkrete Anregungen zu Fach- und Sachbereichen.

preisen leiden. Diese Feststellung bestätigt die jüngste Umfrage, die *economiesuisse* im Juli 2003 bei seinen Mitgliedern durchgeführt hat. Die Auswertungen zeigen es deutlich: Der Preis pro Kilowattstunde ist hoch und die Transparenz gleich Null. Denn im Schnitt zahlen z.B. im Kanton Neuenburg die Unternehmer 18,90 Rappen pro Kilowattstunde Strom. Dabei schwanken die Preise zwischen minimal 11,21 und 35 Rappen. Informationen darüber, was die Konkurrenz für den Strom zahlt, haben die wenigsten Firmen. Kaum mehr als ein Achtel der befragten Unternehmen weiss, was ihr inländischer Mitbewerber zahlt. Und nur rund sieben Prozent sind über die Preise ihrer ausländischen Konkurrenten orientiert. Doch mehrheitlich ist man sich einig: Eine Senkung der Strompreise wäre für die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs von Vorteil. Aber darauf können die Firmen wohl noch länger warten: Die meisten Stromlieferanten sind nach Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes im September 2002 zu einer eher zurückhaltenden Angebotspolitik zurückgekehrt.

@ heike.scholten@economiesuisse.ch

## Jens Alder ist neuer Präsident der SGK

An der GV der Schweizerischen Gesellschaft für Konjunkturforschung (SGK) vom 12. August 2003 ist Jens Alder, Dipl. El. Ing. ETH, Chief Executive Officer (CEO) der Swisscom AG, zum neuen Präsidenten gewählt worden. Er löst damit Rolf Schäuble, Präsident des Verwaltungsrats der Bâloise-Holding, ab, der das Amt während mehrerer Jahre innehatte. Mit der Wahl von Jens Alder steht wiederum eine bekannte Persönlichkeit aus der Wirtschaft an der Spitze der SGK.

Die seit über 60 Jahren bestehende SGK ist sozusagen die Fördergesellschaft der KOF/ETH als grösstem Forschungsinstitut auf dem Gebiet der empirischen Wirtschafts- und Konjunkturanalysen. Sie basiert auf dem Dreisäulenprinzip, in dem Bund, Schweizerische Nationalbank und Wirtschaft sich zur Unterstützung der KOF in der SGK vereinigt haben. Dies aus der Erkenntnis, dass Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit ein grundsätzliches Interesse an einer unabhängigen Datenerhebung und wirtschaftswissenschaftlichen Analysen im Sinne eines öffentlichen Gutes haben. Der heutige Status der KOF im Schosse der ETHZ gewährleistet diese Unabhängigkeit. Für die Koordinierung auf Seiten der Wirtschaft ist seit Jahren *economiesuisse* besorgt.

## Zum Tode von Dr. Louis von Planta

Am 19. August 2003 ist der Ehrenpräsident von *economiesuisse*, Dr. Louis von Planta, in seinem 87. Altersjahr verstorben. Damit hat die Schweiz einen Wirtschaftsführer verloren, der das Wirtschaftsleben in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts entscheidend mitgeprägt hat.

Als Mitglied einer renommierten Basler Anwaltskanzlei kam der Verstorbene schon früh in Kontakt mit der Wirtschaft, so auch mit dem damaligen Vorort. Als wichtige Weichenstellung für seine berufliche Laufbahn sollte sich seine Wahl in den Verwaltungsrat der J.R. Geigy

AG im Jahre 1965 erweisen, dessen Präsidium er am 1. Januar 1968 übernahm. In dieser Aufgabe wurde er zum eigentlichen Architekten der Fusion der Firmen Geigy und Ciba zur Ciba-Geigy AG. Seit Mai 1972 stand er dieser Firma als Präsident und Delegierter vor. Dr. Louis von Planta stellte sich aber auch immer wieder in den Dienst von Wirtschaftsorganisationen. So präsiidierte er von 1969 bis 1976 die Basler Handelskammer und 1975/76 die Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie. Im Jahr 1974 wurde er Mitglied der Schweizerischen Handels-

kammer und ein Jahr später Mitglied des Vororts. 1976 übernahm er das Präsidium des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, das er bis 1987 ausübte. In dieser Zeit lenkte er beeindruckend souverän die Geschicke der grössten Wirtschaftsorganisation der Schweiz, geleitet von den ihm wichtigen Grundwerten einer liberalen und humanistischen Gesellschaft. Nie standen seine persönlichen Interessen im Vordergrund, sondern immer das Gesamtwohl der Wirtschaft und damit des Landes. Seine Bescheidenheit war sprichwörtlich.



FOTO: KEVSTONE

Es wäre unvollständig, nicht auch die Menschlichkeit des Verstorbenen hervorzuheben. Nicht nur war er immer offen und zugänglich, sondern er fand immer auch ein gutes Wort im Sinne eines väterlichen Freundes, gepaart oft mit seinem feinen, zurückhaltenden Humor. Auch nach seinem Rücktritt verfolgte er die Entwicklung von Vorort respektive *economiesuisse* mit grosser Aufmerksamkeit und blieb unserer Organisation treu verbunden. *economiesuisse* wird des Verstorbenen immer ehrend und mit grosser Dankbarkeit gedenken.

# Mehrwertsteuer-Erhöhen haben ihren Preis

Wird die Mehrwertsteuer erhöht, gibt es nur Verlierer. Zu diesem Schluss kommt eine von economiesuisse in Auftrag gegebene Studie.

Unkompensierte Erhöhungen der Mehrwertsteuer (MWST) würden die Schweizer Wirtschaft, die Konsumenten, das Wohnen, Kantone und Gemeinden sowie den Bund selbst belasten, ohne unbedingt die gewünschten Mehreinnahmen zu erzielen. Zu diesem Ergebnis kommt eine praxisbezogene Analyse des MWST-Beratungsunternehmens SwissVAT AG, die im Auftrag von economiesuisse gemacht wurde.

## Unternehmen und Konsumenten sind besonders betroffen

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, wie sie zurzeit im Rahmen der Sanierung der Sozialwerke diskutiert wird, hätte für alle Beteiligten grosse Nachteile. Angesichts des massiven Finanzierungsbedarfs für die Sozialwerke bis ins Jahr 2025 droht nicht nur die geplante MWST-Erhöhung von 1,8 Prozentpunkten, sondern allenfalls sogar eine Verdop-

pelung von heute 7,6 Prozent auf rund 15 Prozent. Davon wären insbesondere Unternehmen, darunter viele KMU, und Konsumenten betroffen, aber auch der Wirtschaftsstandort Schweiz verlöre einen seiner gewichtigen Standortvorteile. Mit Erhöhungen der Mehrwertsteuer würde die Schweiz einen entscheidenden Steuertrumpf preisgeben, wenn nicht gleichzeitig eine entsprechende Kompensation bei anderen Steuern vorgenommen wird.

Zudem dürften weitere Erhöhungen des MWST-Satzes wegen Verhaltensänderungen von Konsumenten und Unternehmen nicht zu den erhofften staatlichen Mehreinnahmen führen. Insbesondere für KMU stellt die Mehrwertsteuer bereits heute eine grosse administrative Belastung dar.

Auch würden MWST-Erhöhen eine weitere unerwünschte Mittel-Umverteilung von Gemeinden und Kantonen an den Bund bewirken, was zwangsläufig unnötige Sparübungen bzw. Steuererhöhungen bei Kantonen und Gemeinden nach sich ziehen würde. Analog würde die Zweckbin-

dung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der Sozialwerke den Spardruck auf die übrigen Aufgabenbereiche des Bundes massiv erhöhen.

## Eine Verteuerung des Wohnens ist zu erwarten

Unternehmen, welche die Mehrwertsteuer nicht als Vorsteuer geltend machen können (insbesondere Banken und Versicherungen) würden durch einen entsprechenden Kostenschub zusätzlich belastet. Ebenso wäre eine Verteuerung des Wohnens zu erwarten. Institutionen wie Schulen, Spitäler, Altersheime, Kultur- und Sportveranstalter, welche die Mehrwertsteuer ebenfalls nicht als Vorsteuer geltend machen können, würden massiv benachteiligt.

Die deutliche Ablehnung der Gesundheitsinitiative ist ein klarer Fingerzeig, dass auch die Bevölkerung MWST-Erhöhen gegenüber generell kritisch eingestellt ist.



www.economiesuisse.ch

(Siehe unter Publikationen, dossierpolitik vom 18. August 2003.)

## Steuerpaket:

### Für Familien und Wirtschaft

Ein erster Schritt in die richtige Richtung: Das Steuerpaket hilft die Fiskallast zu reduzieren.

Das Steuerpaket des Bundes reduziert nicht nur die Steuerlast, sondern wirkt sich auch positiv auf die Konjunktur aus. Die steuerlichen Entlastungen von Ehepaaren und Familien stützen den privaten Konsum; der Systemwechsel beim Wohneigentum fördert Investitionen und Renovationen mit willkommenen Aufträgen für die Bauwirtschaft sowie Klein- und Mittelbetriebe; die Massnahmen beim Umsatzstempel erhalten die Attraktivität des Finanzplatzes und sichern Arbeitsplätze. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist das Steuerpaket klar zu befürworten.

### Stärkung des Finanzplatzes

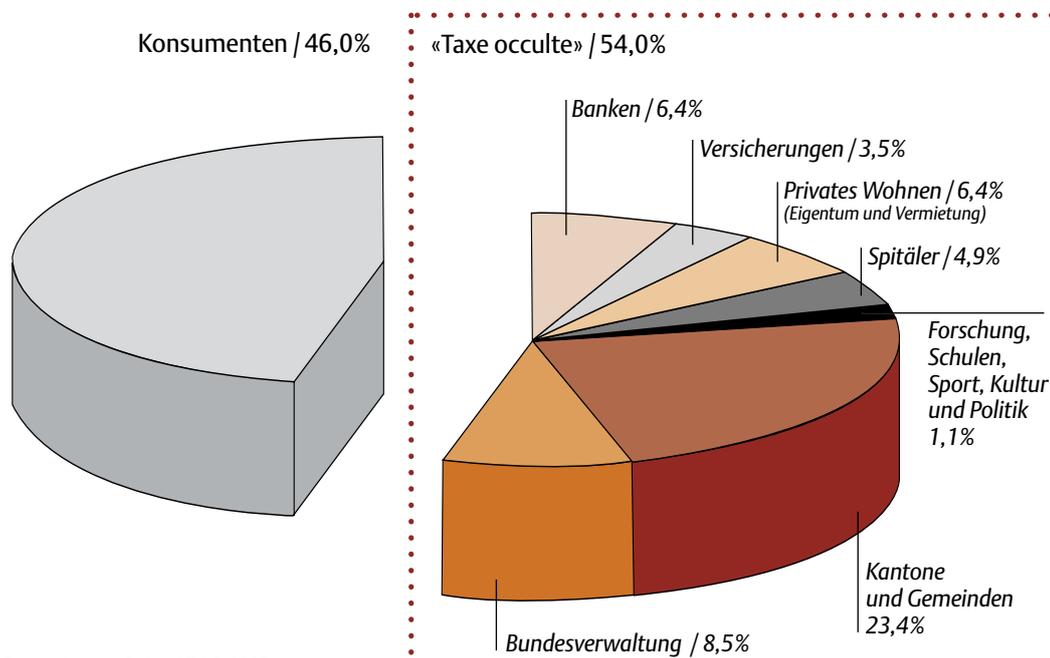
Um den Finanzplatz Schweiz zu stärken, beinhaltet das Steuerpaket verschiedene Massnahmen. So werden bei den Stempelabgaben früher beschlossene Änderungen, die bereits in Kraft sind, ins ordentliche Recht überführt. Klein- und Mittelbetriebe profitieren bei der Emissionsabgabe von der Erhöhung der Freigrenze auf eine Million Franken.

Das Steuerpaket bringt aber auch für die einzelnen Stimmberechtigten konkrete Vorteile: Mit dem Teilsplitting schafft es die steuerliche Bestrafung von Ehepaaren ab. Zudem bringt es die dringende Entlastung von Familien, vor allem durch die erhöhten Kinderabzüge. Dank dem neuen Abzug für Kinderbetreuungskosten lohnt es sich für viele Familien, dass beide Elternteile berufstätig sind.

Durch den Systemwechsel beim Wohneigentum wird der Eigenmietwert nicht mehr besteuert. Der erstmalige Erwerb eines Hauses oder einer Wohnung wird mit steuerlichen Anreizen gefördert. Mit einer hohen Hypothekarschuld die Steuern zu optimieren ist hingegen nicht mehr möglich. Ab 2009 wird damit das Eigentum gefördert

Fortsetzung auf Seite 5

## Wer trägt die finanzielle Belastung von MWST-Erhöhen?



Quelle: Analyse SwissVAT AG, 2003

# Die Forderung nach einem Postmarktgesetz bleibt bestehen

Mit der Revision der Postverordnung geht die Liberalisierung des Postmarktes in eine zweite Runde. Das ist zu begrüßen, reicht jedoch nicht aus.

Mitte August endete die Vernehmlassungsfrist zur Revision der Postverordnung. In seiner Stellungnahme unterstützt economieuisse den vorgeschlagenen Weg, unterstreicht jedoch, dass die vorgesehenen Massnahmen nur der Anfang eines ordentlichen Liberalisierungsprozesses in diesem Sektor sein können. Das vor allem, weil der Gesetzgeber sich letztes Jahr lediglich auf ein Postgesetz und nicht auf ein Postmarktgesetz einigen konnte. Letzteres bleibt eine dringliche Forderung der Wirtschaft.

## Bundesrat will langsamer öffnen als Europäische Union

Es ist vorgesehen, dass der Paketmarkt ab dem Jahr 2004 geöffnet wird und die Monopolgrenze für Briefe Anfang 2006 auf 100 Gramm gesenkt werden soll. Damit hat der Gesetzgeber sich für eine bewusst langsamere Öffnung entschieden als die Europäische Union. Dort ist der Paketmarkt seit Jahren vollständig geöffnet, und die



FOTO: RDB

2004 geht die Post ab: Der Schweizer Paketmarkt wird geöffnet.

Monopolgrenze für Briefe liegt seit 2003 bei 100 Gramm. Die EU senkt diese Grenze im Jahr 2006 auf 50 Gramm. economieuisse bedauert dieses zögerliche Vorgehen, trägt doch insbesondere die Wirtschaft – als grösste Kundin von Postdienstleistungen – die Kosten dieser langsamen Öffnung. Ziel muss deshalb sein, dass der Standort Schweiz sobald als möglich innovative, qualitativ hoch stehende und preiswerte Postdienstleistungen in Anspruch nehmen kann. Damit werden auch die diesbezüglichen Standortnachteile beseitigt.

Der Verband der Schweizer Unternehmen ist demnach an einer

nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführten Post interessiert, weil nur eine solche Post auch eine Zukunft hat.

## Post muss sich aus politischer Umklammerung befreien

Wie die angekündigte Preiserhöhung der Schweizer Post denn auch beweist, verhindert ihre gegenwärtige Monopolstellung die Erhöhung der Posttarife nicht. Deshalb muss die Post aus der politischen Umklammerung befreit und die Öffnung des Postmarktes zügig vorangetrieben werden. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats bekräftigte kürzlich, dass die politische Gesamtverantwortung beim Bundesrat verbleiben soll. Dann aber sollte der Bundesrat auch politisch dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Finanzierung der Grundversorgung durch eine Vorwärtsstrategie, durch Restrukturierungen und unternehmerisches Handeln sichergestellt wird. Vor diesem Hintergrund erscheint es denn auch problematisch, dass die Senkung der Monopolgrenze für Briefe per 2006 nur dann vollzogen werden soll, wenn die Finanzierung der Grundversorgung sichergestellt ist. Angesichts des vorgeschlagenen instabilen Finanzierungskonzeptes wird nämlich befürchtet, dass diese Grenze gar nicht mehr angetastet wird.

Fortsetzung von Seite 4

und nicht mehr das Schulden machen.

Es geht beim Steuerpaket nicht um Steuerausfälle, sondern um Steuererleichterungen. Das dadurch stimulierte Wirtschaftswachstum führt letztlich auch zu höheren Steuereinnahmen. Bei den Beratungen über ein allfälliges Kantonsreferendum sollten sich die bürgerlichen Parteien diesen Argumenten nicht verschliessen.

## Informationskampagne: Nachhaltige Finanzen

Die Schweiz leidet unter einer Ausgabenexplosion des Staates. Seit 1988 haben sich die Ausgaben des Bundes praktisch verdoppelt. Und was für den Bund gilt, gilt auch für alle staatlichen Ebenen. Die Wachstumsrate der staatlichen Ausgaben ist höher als das Wachstum der Wirtschaft – mit der Konsequenz, dass der Staatsanteil laufend zunimmt. economieuisse hat die staatliche Ausgabenexplosion letztes Jahr im Ausgabenkonzept dokumen-



tiert und konkrete Vorschläge gemacht, um den langfristig verheerenden Trend umzukehren. Je länger dieser Trend anhält, desto mehr internationale Standortvorteile werden verspielt.

In der kommenden Legislaturperiode stehen auf eidgenössischer Ebene wegweisende Entschiede in der Finanzpolitik an. Sie sind einerseits entscheidend für die Höhe des weiteren Entwicklungspfad der Ausgaben und andererseits für die künftige Steuerbelastung. Es gibt nur eines: Unser Land braucht eine nachhaltige Finanzpolitik. Vor diesem Hintergrund wird economieuisse die Ausgabenexplosion des Staates mit einer öffentlichen Kampagne thematisieren. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung.

## Liberalisierung des europäischen Postmarktes

	Inlandsendungen	Abgehende Auslandsendungen
Belgien	100 g	liberalisiert
Dänemark	100 g	liberalisiert
Deutschland	100 g	liberalisiert
Finnland	liberalisiert	liberalisiert
Frankreich	100 g	liberalisiert *
Griechenland	100 g	100 g
Grossbritannien	liberalisiert	liberalisiert
Irland	100 g	liberalisiert *
Italien	100 g	100 g
Niederlande	100 g	liberalisiert
Österreich	100 g	liberalisiert *
Portugal	100 g	100 g
Schweden	liberalisiert	liberalisiert
Spanien	100 g	100 g
Schweiz	2000 g	liberalisiert

\* Liberalisierung steht unmittelbar bevor

# WTO-Verhandlungsprozess vor einer wichtigen Etappe

Vom 10. bis 14. September 2003 findet in Cancún (Mexiko) die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) statt.

In Cancún geht es darum, eine Bestandesaufnahme über die bisherigen Verhandlungsergebnisse vorzunehmen und neue Richtlinien für die noch verbleibende Verhandlungszeit zu geben. Diese Konferenz schliesst an jene vom November 2001 in Doha (Katar) an, an welcher der Startschuss für die neue Welthandelsrunde («Doha Development Agenda») erfolgte. Damals wurde beschlossen, dass diese Runde bis zum 1. Januar 2005 abgeschlossen werden soll.

## Die vier Prioritäten aus Sicht der Schweizer Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft, vertreten durch *economiesuisse*, ist überzeugt, dass weitere Liberalisierungsschritte im ausserwirtschaftspolitischen Spektrum für alle WTO-Mitglieder, Industrie- und Entwicklungsländer, von grossem Vorteil sind. Sie hat sich deshalb auch immer wieder in diesem Sinne ausgesprochen und ihre Begehren bei den zuständigen Behörden im In- und Ausland

vorgetragen. Zusammen mit befreundeten ausländischen Spitzenorganisationen sieht *economiesuisse* die Prioritäten für die laufende «Doha Development Agenda» in vier Bereichen:

1. Erleichterter Marktzugang für industriell hergestellte Güter.
2. Weitere Liberalisierung der grenzüberschreitenden Dienstleistungen.
3. Ein Abkommen im Rahmen der WTO über Handel und Direktinvestitionen.
4. Ein Abkommen über Handelserleichterungen.

Zielsetzung dieser Welthandelsrunde muss es sein, die Märkte weiter zu öffnen und protektionistische Gelüste abzuwehren, die Entwicklungsländer besser in die Weltwirtschaft einzubeziehen und das Wachstum der Weltwirtschaft durch Handel und Investitionen zu fördern. Für echte Fortschritte ist es unabdingbar, in Cancún die Modalitäten für Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft und Marktzugang für Industriegüter definitiv festzulegen. Ausserdem sollen neue Verhandlungen in den Bereichen «Handelserleichterungen», «Direktinvestitionen», «Transparenz im öffentlichen Beschaf-

fungswesen» und «Handel und Wettbewerb» lanciert werden. Besonders wichtig für die Wirtschaft und den Forschungsstandort Schweiz ist auch der Bereich des «Geistigen Eigentums».

## Beschleunigtes Vorgehen ist wünschenswert

Die Öffnungen im Rahmen der WTO erfolgen stufenweise und in kleinen Schritten. Die Schweizer Wirtschaft würde ein forscheres Vorgehen begrüssen. Der Welthandel ist nur ein Teil eines umfassenderen Globalisierungsprozesses, welcher auch kulturelle, rechtliche und migratorische Elemente umfasst. Im dossierpolitik «Globalisierung» (Nr. 25, 30. Juni 2003) auf der Homepage [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch) unter dem Link Publikationen wird ausgeführt, dass dieser Prozess weder verhindert, noch dauerhaft angehalten oder gar umgekehrt werden kann. Er steht mit hoher Wahrscheinlichkeit erst am Anfang und wird sich in den nächsten Jahrzehnten weiter fortsetzen.

@ [gregor.kuendig@economiesuisse.ch](mailto:gregor.kuendig@economiesuisse.ch)



## Für eine vermehrte Liberalisierung des Finanzdienstleistungsverkehrs in der WTO

Die Liberalisierung der Finanzdienste verdient mehr Aufmerksamkeit, als man ihr im Rahmen der Doha-Runde schenkt. Im Hinblick auf die Ministerkonferenz in Cancún ist es sinnvoll, an die Gründe zu erinnern, warum die Mitglieder der WTO dieser Liberalisierung politische Priorität einräumen sollten.

Die Finanzdienste sind nicht bloss ein Wirtschaftssektor, sondern das eigentliche «Rückgrat» der Wirtschaft eines Landes. Durch sie ist die einheimische Wirtschaft mit der Weltwirtschaft verbunden. Ihre Liberalisierung wäre nicht nur für Firmen, sondern auch für die Staatsfinanzen von Vorteil, da sie eine Kostensenkung mit sich bringen würde. Ausserdem würden Investitionsströme erleichtert.

Die WTO hat bereits einen ersten wichtigen Schritt Richtung Öffnung der Dienstleistungsmärkte gemacht. Das Abkommen vom Dezember 1997 legt einen gesetzlichen Rahmen für den grenzüberschreitenden Verkehr und den Marktzugang fest. Es weitet das Allgemeine Abkommen über den Dienstleistungsverkehr (GATS) aus, indem es verschiedene Sektoren von Werbung bis Telekommunikation öffnet. Obwohl die Länder der OECD schon relativ offen sind, müssen sie noch einen weiten Weg zurücklegen. Und für die WTO bleibt noch viel zu tun. Die Finanzdienste mögen als unwichtiges Anliegen erscheinen, wo sich doch die Wirtschaftsminister in Cancún mit einer Reihe von nicht eingehaltenen Fristen und schwierigen Herausforderungen beschäftigen müssen. Dennoch dürfen sie nicht vergessen, dass die Liberalisierung des Güterverkehrs mit einer Liberalisierung der entsprechenden Finanzdienste einhergehen müsste.

Von diesem Standpunkt aus wird sich die Weltorganisation der Unternehmen – ICC – aktiv an der Debatte in Cancún beteiligen.

[www.icc-switzerland.ch](http://www.icc-switzerland.ch)

## Schweizer Wirtschaftsmission in Brasilien

Unter der Leitung von Bundesrat Joseph Deiss begab sich vom 7. bis 9. September eine Schweizer Wirtschaftsmission nach Brasilien.

Neben verschiedenen Regierungsvertretern reisten rund 20 Repräsentanten der schweizerischen Wirtschaft mit nach Südamerika. Die Koordination der Wirtschaftsseite wurde von Herrn Alexandre F. Jetzer von der Novartis AG wahrgenommen. Fünf Ziele standen bei dieser Reise im Vordergrund: Beziehungs- und Imagepflege, Informationsbeschaffung über die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Bra-

siliens, Förderung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, Meinungsaustausch über die multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit der beiden Länder sowie die Pflege der Beziehung zur schweizerischen Wirtschaft vor Ort.

## Gespräche wurden auf höchster Ebene geführt

Auf dem Besuchsprogramm, das Aufenthalte in Brasilia und São Paulo vorsah, standen Gespräche mit dem brasilianischen Präsidenten, mit Ministern (Äusseres, Industrie und Handel, Finanzen, Energie) sowie mit brasilianischen Wirtschaftsvertretern und Ver-

tretern der schweizerischen Geschäftswelt in Brasilien. Im Jahre 2002 beliefen sich die schweizerischen Exporte nach Brasilien auf 1,1 Mrd. Franken. Die Importe aus Brasilien betragen 700 Mio. Franken. Die schweizerischen Direktinvestitionen beliefen sich im Jahre 2001 auf rund 180 Mio. US-Dollar.

Die schweizerische Wirtschaft hofft, dass es nun bald möglich sein wird, mit Brasilien ein Doppelbesteuerungsabkommen abzuschliessen. Das Investitionsschutzabkommen zwischen den beiden Ländern muss noch ratifiziert werden.

# Energie- und Umweltpolitik ist in der Romandie auf Kurs

**Die Energie-Agentur der Wirtschaft hat im September eine Zwischenbilanz in der französischen Schweiz gezogen. Das Resultat ist positiv ausgefallen, auch wenn sich die Arbeit als aufwändig herausgestellt hat.**

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) betreut in der Westschweiz rund 100 Betriebe. Diese sind in sieben Energie-Modell-Gruppen für Energie-Grossverbraucher organisiert und erarbeiten zurzeit mit Hilfe von EnAW-Spezialisten ihre Zielvereinbarungen. Eine Gruppe ist bereits ins EnAW-interne Plausibilisierungsverfahren eingetreten – das Auditverfahren des Bundes steht nächstens bevor. Dabei soll Folgendes besiegelt werden: Im Falle der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe können Unternehmen von der

Abgabe befreit werden, falls sie die vereinbarte Zielsetzung erfüllen.

Die EnAW trug zwar dem Umstand Rechnung, dass einige der Unternehmen mit solchen in der deutschsprachigen Schweiz verbunden sind: «Trotzdem wurde in der Romandie», so Thomas Bürki, Mitglied der EnAW-Geschäftsleitung, «von Anfang an mit dem selben Engagement auf die CO<sub>2</sub>-Problematik und die Chancen hingewiesen, die mit einer Steigerung der Energieeffizienz im Produktionsprozess verbunden sind: Kostensenkung, Wettbewerbs- und Imagevorteile.»

## Geleistete Überzeugungsarbeit zeigt seine Wirkung

In der Romandie stehen Themen wie Umwelt und die Klimabelastung durch CO<sub>2</sub> weniger im Vordergrund. Das hat die Über-

Thomas Bürki, Mitglied der EnAW-Geschäftsleitung



zeugungsarbeit und den Aufbau von Unternehmensgruppen eher erschwert. Zudem sind die Betriebe in der Romandie relativ klein und stromintensiv. Die Verbände sind weniger stark organisiert und können somit weniger Hilfestellung bieten. Heute aber sind die meisten grossen Unternehmen aus der Romandie in den Prozess zur CO<sub>2</sub>-Reduktion eingebunden. Gesamtschweizerisch betreut die EnAW rund 1000 Betriebe. Damit managt sie einen Umfang von rund drei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen, dies entspricht ungefähr 30 Prozent des gesamten «Wirtschafts-CO<sub>2</sub>». Ziel ist es, 40 Prozent des Wirtschafts-CO<sub>2</sub> in freiwilligen Zielvereinbarungen einzubinden.

## Gesicherte Vorsorge für KMU-Frauen

**Meist ohne Lohn arbeiten Partnerinnen von Selbstständigerwerbenden im Betrieb mit. Das wirkt sich negativ auf ihren Vorsorgeschutz aus. Eine neue Broschüre bietet Lösungen.**

Partnerinnen von Selbstständigerwerbenden führen den Haushalt, erziehen die Kinder und arbeiten im Geschäft mit. Meist werden die Frauen für ihre Arbeit nicht entlohnt. Die Versicherungen aus den Sozial- und Vorsorgebereichen machen aber ihre Leistungen weitgehend von der Höhe der Lohnzahlungen und der Betragsdauer abhängig. In der von «Schreiner Sozialkassen» neu herausgegebenen Broschüre «Entschädigungen und Vorsorge für die Partnerin in KMU-Betrieben» finden Betroffene Informationen und Tipps zu dieser Problematik.



# Der Tessiner Flughafen in einer schwierigen Situation

**Die Schwierigkeiten der Schweizer Flughäfen haben nun auch Lugano erfasst.**

Ab 26. Oktober wird die Swiss aus Kostengründen auf verschiedene Destinationen im In- und Ausland verzichten, so auch auf die Strecke Lugano–Genf. Schon Ende März wurde der Flug Lugano–Bern–Paris gestrichen, und auch die Flugverbindungen zwischen Lugano und Zürich sowie Lugano und Basel wurden reduziert.

## Mehrere Interessenten

Inzwischen sind verschiedene Initiativen für neue Flugverbindungen ab Lugano bekannt geworden. So ist Moritz Suter an der Strecke Lugano–Genf interessiert. Und am 22. August wurde in Lugano die neue Fluggesellschaft «Darwin» vorgestellt, die ebenfalls an Lugano–Genf, aber auch an anderen Destinationen wie London, Wien, Venedig oder Prag interessiert ist. Die «Baboo Airways» ist eine regionale Flug-



Der Flughafen Lugano-Agno ist für die Tessiner Wirtschaft ein wichtiges Bindeglied zur restlichen Schweiz.

gesellschaft, die am 21. August in Genf gegründet wurde und die auch bereit ist, die Verbindung zwischen Genf und Lugano zu garantieren.

Der Flughafen Lugano-Agno spielt eine wichtige Rolle für die Tessiner Wirtschaft. Dieser, nur wenige Kilometer von der italienischen Grenze entfernt,

ist ein gewichtiger Faktor für neue wirtschaftliche Aktivitäten und den Tourismus. Besonders der Finanzplatz ist an einer Entwicklung des Flughafens interessiert.

## Hoffnung auf Trendumkehr

Der Flughafen ist aber auch nötig, um Zürich, Genf, Bern und

Basel rasch zu erreichen. Heute ist Bern am früheren Morgen ohne Auto vom Tessin aus nicht mehr zu erreichen. Ende Oktober wird Genf voraussichtlich das gleiche Schicksal ereilen. Eine unbefriedigende Situation. Am 28. August haben deshalb die Regierungen der sieben Kantone, die über einen Flughafen verfügen, beschlossen, ein Netz zu schaffen, das die wichtigsten Städte der Schweiz zu konkurrenzfähigen Preisen verbindet.

In den letzten Jahren ist die Passagierzahl und die Anzahl der von Lugano-Agno aus bedienten Destinationen konstant gesunken. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre zählte der Flughafen noch fast eine halbe Million Passagiere pro Jahr und etwa 50 Destinationen. Heute sind es weniger als die Hälfte. Ab Ende Oktober, so hoffen die Tessiner Regierung, die Parteien, die Wirtschaft und die potenziellen Investoren, soll der negative Trend ins Positive kehren.

# Schach! Unternehmen sind neu strafbar

**Ab 1. Oktober 2003 können Unternehmen neu bestraft werden. Vor allem eine mangelhafte Organisation innerhalb eines Unternehmens begünstigt Verbrechen.**

Bislang wurden nur die für das Unternehmen handelnden natürlichen Personen vom Strafrecht erfasst. Neu finden erstmals Vorschriften über die Strafbarkeit juristischer Personen Eingang ins Strafgesetzbuch. Dies regeln die Artikel 102 und 102a des revidierten Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches. Primär bleiben aber die natürlichen Personen strafrechtlich verantwortlich.

Strafbare Handlungen innerhalb eines Unternehmens werden meist durch eine mangelhafte Organisation ausgelöst, nämlich wenn die Verantwortlichkeiten in einem Unternehmen nicht klar

festgestellt werden können. Aufgrund internationaler Abkommen besteht im Falle der Finanzierung einer kriminellen Organisation oder von Terrorismus, Geldwäscherei und Korruption die strafrechtliche Verantwortung beim Unternehmen – unabhängig von der Verantwortung der natürlichen Personen. Voraussetzung ist, dass das Unternehmen nicht alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen zur Verhinderung einer Straftat getroffen hat.

## Die Verantwortung obliegt dem Verwaltungsrat

Als Strafe ist eine Busse bis fünf Millionen Franken vorgesehen. Hinzu kommen weitere Sanktionen wie die Einziehung von Vermögenswerten (Art. 59 geltendes StGB, Art. 70 revidiertes StGB), welche aus einer Straftat



erworben wurden. Verantwortlich für die Durchsetzung der angemessenen Organisation ist der Verwaltungsrat. Nach Art. 716a OR ist dieser für die Beaufsichtigung der handelnden Personen verantwortlich. Nehmen die Mitglieder des Verwaltungsrats ihre Aufsichtspflicht nicht genügend wahr, könnten sie persönlich haftbar gemacht werden. Eine kritische Überprüfung der Organisation des Unternehmens ist wichtig, namentlich auf vorbeugende Massnahmen gegen Geldwäscherei und Korruption sowie betreffend der Unfallvorsorge. Die Erfahrungen in Frankreich zeigen, dass die meisten Verurteilungen entweder Arbeitsunfälle oder Verletzung von Wettbewerbsvorschriften betrafen.

## Internationaler Trend im Strafrecht

economiesuisse hat sich von Beginn an intensiv mit diesen Bestimmungen auseinandergesetzt und regelmässig auf die anstehenden Änderungen hingewiesen. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen entspricht dem internationalen Trend, namentlich im Falle von Geldwäscherei und Korruption. Zu klären ist nun das Verhältnis zur bereits bestehenden Schweizer Regelung über die Geldwäscherei. Hier hat es der Gesetzgeber versäumt, Duplizitäten zu vermeiden.

Entscheidend ist, dass das Parlament die Vorlage des Bundesrats mit klaren prozessualen Vorschriften ergänzt hat. Damit ist klaggestellt, dass auch ein Unternehmen die normalen prozessualen Verteidigungsrechte hat. Um sie wahrzunehmen, muss die Gesellschaft einen entsprechenden bevollmächtigten Vertreter bezeichnen. Auch die Aussageverweigerungsrechte sind klar geregelt und wegen der auch für juristische Personen geltenden Unschuldsvermutung zentral.

@ thomas.pletscher@economiesuisse.ch

## economiesuisse Brüssel hat eine neue Adresse

Zusammen mit der Europäischen Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände (UNICE) sowie sieben anderen nationalen Industrieverbänden (Dänemark [DI und DA], Griechenland [FIG], Luxemburg [FEDIL], Norwegen [NHO], Island [FII] sowie Portugal [AIP]) ist economiesuisse am 1. September 2003 in neue Räumlichkeiten an die Avenue de Cortenbergh 168 umgezogen. Die neue Adresse befindet sich in nächster Nähe zu den Institutionen der Europäischen Union. Telefon- und Faxnummer sowie Internetadressen bleiben unverändert.



economiesuisse  
Avenue de Cortenbergh 168  
B-1000 Brüssel  
+32 2 280 08 44 Phone  
+32 2 280 06 99 Fax  
theo.zijdenbos@  
economiesuisse.ch  
www.economiesuisse.ch  
(Link Brüssel)

## Europa-Forum Luzern:

### 8. internationale Informationstagung

Am 27. und 28. Oktober 2003 findet im Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL) eine internationale Informationstagung statt. Gastland ist Österreich. Der Anlass thematisiert die

### Exportwirtschaft Schweiz?

Erfolgsstrategien im Lichte sich wandelnder europäischer Perspektiven: Welche Zukunft für den Produktions- und Tourismusstandort Schweiz und

### Weichenstellungen im europäischen Alpenstrassenverkehr

Spannungsfelder der koordinierten Verlagerungspolitik in Europa. Die Verkehrskonzeption für die Alpenstrassen im Widerstreit: Gotthard, Brenner – wie weiter?

www.europa-forum-luzern.ch

## Der neue Gesetzesartikel

### Art. 102 Strafbarkeit

- 1 Wird in einem Unternehmen in Ausübung geschäftlicher Verrichtung im Rahmen des Unternehmenszwecks ein Verbrechen oder Vergehen begangen und kann diese Tat wegen mangelhafter Organisation des Unternehmens keiner bestimmten natürlichen Person zugerechnet werden, so wird das Verbrechen oder Vergehen dem Unternehmen zugerechnet. In diesem Fall wird das Unternehmen mit Busse bis zu 5 Millionen Franken bestraft.
- 2 Handelt es sich um eine Straftat nach den Artikeln 260ter, 305bis, 322ter, 322quinquies oder 322septies, so wird das Unternehmen unabhängig von der Strafbarkeit natürlicher Personen bestraft, wenn dem Unternehmen vorzuwerfen ist, dass es nicht alle erforderlichen und zumutbaren organisatorischen Vorkehrungen getroffen hat, um eine solche Straftat zu verhindern.
- 3 Das Gericht bemisst die Busse insbesondere nach der Schwere der Tat und der Schwere des Organisationsmangels und des angerichteten Schadens sowie nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens.
- 4 Als Unternehmen im Sinne dieses Titels gelten:
  - a. juristische Personen des Privatrechts;
  - b. juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der Gebietskörperschaften;
  - c. Gesellschaften;
  - d. Einzelfirmen.

### Art. 102a Strafverfahren

- 1 In einem Strafverfahren gegen das Unternehmen wird dieses von einer einzigen Person vertreten, die uneingeschränkt zur Vertretung des Unternehmens in zivilrechtlichen Angelegenheiten befugt ist. Bestellt das Unternehmen nicht innert angemessener Frist einen derartigen Vertreter, so bestimmt die Untersuchungsbehörde oder das Gericht, wer von den zur zivilrechtlichen Vertretung befugten Personen das Unternehmen im Strafverfahren vertritt.
- 2 Der Person, die das Unternehmen im Strafverfahren vertritt, kommen die gleichen Rechte und Pflichten wie einem Beschuldigten zu. Die andern Personen nach Absatz 1 sind im Strafverfahren gegen das Unternehmen nicht zur Aussage verpflichtet.
- 3 Wird gegen die Person, die das Unternehmen im Strafverfahren vertritt, wegen des gleichen oder eines damit zusammenhängenden Sachverhalts eine Strafuntersuchung eröffnet, so ist vom Unternehmen ein anderer Vertreter zu bezeichnen. Nötigenfalls bestimmt die Untersuchungsbehörde oder das Gericht zur Vertretung eine andere Person nach Absatz 1 oder, sofern eine solche nicht zur Verfügung steht, eine geeignete Drittperson.

# «Wir verkaufen Komfort und Sicherheit»

**Mit stetigen Innovationen in einem Nischenbereich ist Belimo Weltmarktführer geworden: Das Unternehmen stellt Antriebe her, die in Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage für optimale Wasser- und Luftströme sorgen.**

Belimo-Produkte sind für ihre Nutzer unsichtbar. Versteckt unter Deckenplatten und Abdeckungen leisten sie Dienste, die uns das Leben in klimatisierten Gebäuden angenehm machen: Belimo entwickelt, produziert und vertreibt Motoren, die Klappen und Hahnen bewegen und damit Luft- und Wasserströme in Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage optimal regulieren.

Anfangen hat alles 1975 mit der Erfindung des «Steckmotors». Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Klappen pneumatisch oder hydraulisch bewegt. Der elektrische Steckmotor dagegen erlaubte eine einfache Montage und eine verbesserte Regelung. Die Neuheit von damals ist heute weltweit Standard in der Branche. Belimo mit Sitz in Hinwil hat inzwischen 732 Mitarbeitende und ist in 43 Ländern vertreten. Das Unternehmen investiert jedes Jahr fünf bis sechs Prozent seines Umsatzes in Forschung und Entwicklung (2002: 13,3 Mio. Franken). Letztes Jahr hat es mehr als 20 neue Produkte auf den Markt gebracht.

## Sicherheitsantriebe

**verhindern Brandausbreitung**  
Das wichtigste Belimo-Produkt ist weiterhin der Steckmotor; hinzugekommen sind Weiterentwicklungen wie beispielsweise Sicherheitsantriebe. Sicherheitsantriebe werden ebenfalls in Luftkanälen montiert und besitzen einen Brandsensor. Ohne Zuführung fremder Energie können so die Klappen in den Luftkanälen geschlossen werden, um eine Ausbreitung von Feuer und Rauch zu verhindern. «Wir verkaufen also nicht nur Komfort, sondern auch Sicherheit», sagt Prof. Hans Peter Wehrli, Verwal-



In den Belimo-Werken werden pro Jahr über 2 Millionen Antriebe für Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage gefertigt.

tungsratspräsident der Belimo Holding AG.

Das Unternehmen ist seit seiner Gründung organisch, d.h. ohne Akquisitionen, gewachsen; seine Geschichte liest sich als Erfolgsstory eines Schweizer KMU, das inzwischen zum «Global player» geworden ist: 46 Prozent seiner Produkte setzt Belimo heute in Amerika,

48 Prozent in Europa und sechs Prozent in Asien ab. Jeder dritte in Amerika montierte Klappenantrieb stammt von Belimo – in Europa ist es gar jeder zweite. Zusammgebaut werden die Antriebe hauptsächlich in Hinwil und in Danbury (Connecticut, USA), wobei bei Belimo die Wertschöpfung der Fertigung mit zwölf bis 14 Prozent

sehr tief liegt. Das Unternehmen arbeitet mit 300 verschiedenen Lieferanten zusammen – 59 Prozent davon sind wertmässig in der Schweiz tätig.

## Belimo-Produkte im chinesischen Aussenministerium

Belimo besetzt nach wie vor eine Nische: «Wir produzieren weder die Luftkanäle noch die Klappen, sondern wirklich nur die elektrischen Antriebe», betont Hans Peter Wehrli. Durch diese Spezialisierung ist Belimo Weltmarktführer im Bereich der Antriebe für Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage geworden. Das kommt unter anderem in der Liste der Referenzen zum Ausdruck: Belimo-Produkte finden sich im chinesischen Aussenministerium in Peking, im Reichstag in Berlin, im Pariser Louvre, im Cityport in Zürich Nord und auch im Bolschoi-Theater in Moskau.

In Zukunft sollen die Motoren von Belimo noch kleiner, sicherer und vor allem intelligenter werden. Im Fensterlüftungssystem von Belimo sorgen intelligente Motoren bereits heute dafür, dass Fenster zur Nachtauskühlung geöffnet werden oder nach Zeitprogramm für Frischluft sorgen. Die Steuerung des Fensterlüftungssystems könnte auch so programmiert werden, dass sich die Fenster bei Lärm schliessen – beispielsweise wenn am Morgen das erste Flugzeug startet.

## Die drei wirtschaftspolitischen Wünsche von VR-Präsident Hans Peter Wehrli



### Bildung

Bildung ist ein einmaliges Gut: Es erfüllt individuelle und gesellschaftliche Interessen, es macht Menschen und Gesellschaften lebens- und wettbewerbsfähig. So wird auch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zukünftig noch nachhaltiger von der Bildung geprägt. Investitionen in die Bildung sind daher die tragende Voraussetzung für die Entwicklung des Standorts Schweiz.

### Standort

Der Standort ist ein vielschichtiges kulturelles, politisches, produktives, rechtliches und soziales Beziehungs- und Leistungssystem. Die Schweiz steht im Wettbewerb internationaler Standorte. Eine wettbewerbsfähige Standortpolitik und ein fokussiertes Standortmarketing sind auch für die Schweiz eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeit.

### Kooperativer Föderalismus

Für eine erfolgreiche Standortpolitik sind die vermeintlichen Gegensätze zwischen dem regionalen Vorteilsstreben und der gemeinsamen Ausrichtung eines grösseren Wirtschaftsraums zu überwinden. Die Standortpolitik muss sich ein einheitlicheres Verständnis geben, um so die heute noch zu fragmentierten Massnahmen zu bündeln und die Gesamtwirkung für den Standort zu steigern.

# Erste Geschäftsführerkonferenz von economiesuisse gut besucht

Am 19. August 2003 lud economiesuisse die Direktoren der Handelskammern sowie die Geschäftsführer ihrer zahlreichen Mitgliederverbände zur ersten Geschäftsführerkonferenz ein.

Mehr als siebenzig Vertreter aus allen Landesgegenden und allen Branchen haben die Gelegenheit zum Informationsaustausch genutzt. Nach der Begrüssung skizzierte Rudolf Ramsauer, Direktor von economiesuisse, das schwierige wirtschaftliche Umfeld. Er erwähnte das anhaltende Wachstumsproblem der Schweiz und das massive Defizit bei der öffentlichen Hand. Das eingeleitete Entlastungsprogramm des Bundes von 3,2 Mrd. Franken sei ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber es genüge nicht. Rudolf Ramsauer betonte, dass economiesuisse in ihrem Kerndossier Finanzpolitik



Staatssekretär Franz von Däniken spricht zum Thema «Schweiz-Europa».

sich weiterhin mit aller Kraft für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Schweiz engagieren werde. Damit war die Brücke zum ersten Gastreferenten, Ständerat Rolf Schweizer, geschlagen. In seinem engagierten Grundsatzreferat äusserte sich der Zuger Finanzpolitiker auch zu den aktuellen finanzpolitischen Baustellen. Er sei überzeugt, äusserte sich Rolf Schweizer, dass die Schweiz an

einem finanzpolitischen Wendepunkt angelangt sei, der jetzt aktives Handeln verlange.

Danach referierte Staatssekretär Franz von Däniken zum Verhältnis «Schweiz-Europa». Zuerst erläuterte er die zehn bilateralen Verhandlungsthemen. Sein anschliessender Exkurs zum EWR und zu den Grenzen und Chancen des Bilateralismus sowie zur Osterweiterung wurden mit grossem Interesse aufgenommen.

Zum Abschluss der Tagung sprach Niklaus Blattner, Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB), über die Geld- und Währungspolitik. In seinem Standortreferat schilderte er die Marktbewegungen aus Sicht der SNB und äusserte sich dezidiert gegen eine Wechselkursanbindung des Schweizer Frankens.

@ fredy.mueller@economiesuisse.ch

## Vernehmlassungen

### 15. September 2003

Vernehmlassung zur Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und Einführung der straflosen Selbstanzeige

Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Totalrevision der Verordnung über Tabak und Tabakerzeugnisse (Tabakverordnung, TabV) – Vernehmlassung

Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VInta) und der Teilrevision der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO)

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

### 20. September 2003

Strassenverkehrsrecht; Verordnungsänderungen – Vernehmlassung

Kontakt: peter.hutzli@economiesuisse.ch

### 30. September 2003

Vernehmlassung zu den Entwürfen des Heilmittelverordnungs pakets II

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

### 1. November 2003

Vernehmlassung zur Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts (Schaffung einer gesamtschweizerischen Zivilprozessordnung)

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

### 15. Dezember 2003

Vernehmlassung zum Vorentwurf für eine Revision des Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kinderschutz) und zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das Verfahren vor den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

## Impressum

**Herausgeber:** economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen; **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum; **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich; Telefon 01 421 35 35, Telefax 01 421 34 34; E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch; Web: www.economiesuisse.ch; **Adressänderungen:** marianne.baer@economiesuisse.ch; **Erscheinungsweise:** monatlich; **Gestaltung:** Layout88 GmbH, 8008 Zürich; **Druck:** Druckerei Kocherhans AG, 8008 Zürich

## Dokumentation

- **«Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2003»**  
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter.  
Fr. 50.- + MwSt./Porto.
- **«ausgabenkonzept»**  
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.- + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- **«Swiss Code of Best Practice»**  
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- **Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**  
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch.  
Fr. 40.- + MwSt./Porto.
- **«Facts der Wirtschaft»**  
Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit.  
Abonnement, 4-5-mal jährlich. Gratis.
- **«Newsletter»**  
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik.  
Erscheint monatlich, Abonnement. Gratis.
- **«Steuerkonzept»**  
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung.  
Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.-.
- **Portrait economiesuisse**  
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands.  
Gratis.
- **Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**  
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- **Wirtschaftspolitische Foliensets**  
 20 Folien allgemeine Wirtschaftspolitik (Fr. 20.-),  
 11 Folien Sozialpolitik (Fr. 15.-),  
+ Porto oder gratis Download.
- **«E-Mail-Service»**  
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«Dossier Politik, Pressedienst»**  
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte.  
Erscheint wöchentlich. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung

Adressänderung

Firma

Name

Strasse

Vorname

PLZ/Ort

Funktion

E-Mail

@ Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.